

„Publiks“ Ende: Schwächen unserer pluralistischen Kommunikationsverfassung

von Michael Schmolke

Angesichts eines noch immer heißen Themas, wie es die „Publik“-Geschichte darstellt, erlaubt sich der Verfasser, eine Bitte an den Anfang zu stellen: sein Beitrag möchte nicht mißverstanden werden. Er ist lediglich die aus aktuellen Diskussionen heraus entstandene Würdigung eines bestimmten Aspekts der Vorgänge um die katholische Wochenzeitung, des kommunikationspolitischen nämlich, und dies auf dem Boden der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden „Kommunikationsverfassung“, sei sie nun (in Teilen) aufgeschrieben oder nicht. Der Beitrag kann hingegen noch nicht sein der Anfang der Geschichtsschreibung über „Publik“. Dazu leistet zwar die Zeitschrift „Communicatio Socialis“ ihren Anteil in der seit vielen Heften laufenden Serie „Materialien zur Entstehungsgeschichte von ‚Publik‘“. Zur gründlichen Untersuchung der Quellen und zur abgewogenen historischen Darstellung jedoch war die Zeit bis heute zu kurz. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß die Ausgangslage zur publizistikhistorischen Darstellung dieses Falles ausgesprochen günstig ist. Im Hinblick auf die Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vom 10. bis 14. Mai 1972 in Würzburg hat die Deutsche Bischofskonferenz die Aufklärungsarbeit über „Publik“ mit Energie vorangetrieben; die eigens für diese Angelegenheit gebildete „Gemischte Kommission“ der Synode hat das Ihre dazu beigetragen. So konnte Franz Kamphaus am ersten Arbeitstag der Vollversammlung mit Recht sagen, „Publik“ habe einen „gläsernen Sarg“ bekommen.

Die Tatsache, daß die Wochenzeitung ihren Weg innerhalb der Grenzen des nun einmal pluralistisch verfaßten Medien-Kommunikationssystems unserer konkreten Bundesrepublik Deutschland hatte suchen müssen, wurde dabei weniger beachtet. Eher schon jene andere, daß für „Publik“ selbst eine Art pluralistischer Verfassung erdacht und teilweise auch verwirklicht worden war. Sie hat in den vorbereitenden Arbeiten und Dokumenten nur undeutlichen Niederschlag gefunden, wurde aber nach der Einstellung der Wochenzeitung umso heftiger diskutiert. Ihre Kurzformel ist das Schlagwort vom „Forum“, das diese Zeitung hätte sein sollen, und das sie nicht sein konnte. Damit sind wir beim Fall selbst.

1. Zur Sache und zur Geschichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang in Deutschland, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Wiederbegründung einer katholischen Tagespresse nicht. Das hing zum guten Teil (aber eben nur zum Teil) mit dem allmählichen Verschwinden der zwar neu gegründeten, aber von der überkonfessionellen CDU/CSU in den Schatten gedrängten Zentrumspartei zusammen. Auch die kirchenunabhängige katholische Wochenpresse gedieh nicht in wünschenswerter Weise. Lediglich die 22 diözesanen Wochenblätter, die Bistumszeitungen, erlebten bis 1963 einen stetigen Aufwuchs auf 2,46 Millionen, der seitdem wieder auf 2 Millionen geschrumpft ist. Eben dieser Kirchenpresse aber haftete, je fester sie sich etablierte, das Odium des „Ängstlichen und Schlechtgelüfteten“ an, wie es ein Weihbischof der römischen Kirche einmal formulierte¹.

Aus dem zunehmenden Unbehagen an dem Zustand, daß eine große Konfessionsgruppe mit keiner wesentlichen Stimme an der Publizistik der Bundesrepublik Deutschland beteiligt war, erwuchs Plänemacherei. Ihr Motor wurde der junge Regensburger Jurist Dr. Hans Suttner, der journalistisch zuvor hauptsächlich als gelegentlicher Mitarbeiter und Fotolieferant von Bistumsblättern aufgetreten war. 1965 verschickte er an Eingeweihte die nummerierten Exemplare seiner Broschüre „Katholische Presse in Deutschland — Start noch einer Kritik: ein konkreter Vorschlag“, und zwar „mit der Bitte um vertrauliche Behandlung“. Der Stein war angestoßen, und nachträglich kann man nur sagen, daß Suttner, der am 19. Mai 1968 tödlich verunglückte, ein Charismatiker gewesen sein muß. Wem anders hätte es gelingen können, die Deutsche Bischofskonferenz zu dem Beschluß zu bewegen, etwas so Riskantes wie eine Wochenzeitung zu gründen und für den Start 15 Millionen DM herzugeben? Kommissionen und Sonderkommissionen² tagten, und schon auf der Vollversammlung vom 13. bis 16. Februar 1967 war es soweit: Man beschloß, eine Wochenzeitung (KWZ) gründen zu lassen und ihr die oben genannte Summe, verteilt über fünf Jahre, als Startkapital zur Verfügung zu stellen.

Im April 1968 erschien nach weiteren sorgfältigen Vorarbeiten und mühsamer Personalsuche eine 0-Nummer, am 28. September 1968 die Nr. 1; ihr folgten weitere 162 Ausgaben, die letzte am 19. November 1971.

„Publik“ wurde eingestellt, weil das Startgeld ausging, ohne daß dem entsprechende Erträge gegenübergestanden hätten; und es hätte bei strenger Beurteilung seiner wirtschaftlichen Entwicklung schon 1969 eingestellt werden müssen. Damals hatten einige — nicht mehr alle — deutschen Diözesen zunächst ein Darlehen, schließlich einen Ergänzungszuschuß von 13 Millionen DM bereitgestellt. Im Herbst 1971 war der Gesamtposten auf 4 Millionen DM zusammenschmolzen: Sie hätten zur Fortführung des Blattes bis Mitte 1972 gereicht oder zur Deckung der Hälfte der Liquidationskosten einschließlich Sozialplan, wie sie der Einstellungsbeschluß der Bischofskonferenz vom 15. November 1971 mit heraufführte.

Die Einstellung von „Publik“ löste eine Welle von Protesten aus.³ Skeptiker spotteten: „Publik“ hätte, wären alle Protestierer Abonnenten gewesen, nicht eingestellt werden müssen.

Eben der Mangel an Abonnenten, an regelmäßigen Abnehmern, hatte das Ende erzwungen. Zwar meldete „Publik“ 1971 eine Auflage von 90 000, aber es gab eine Abonnenten-Fluktuation von 95 %; das ist wirtschaftlich untragbar und lediglich das Ergebnis ungewöhnlicher Werbeanstrengungen, nicht aber das Zeugnis vorhandenen Bedarfs beim Publikum. 40 000 wären als echte Auflage übriggeblieben, und das hätte über längere Zeit hin einen jährlichen 6-Millionen-Zuschuß erforderlich gemacht. Die Mehrheit der Geldgeber war dafür nicht zu gewinnen.⁴

2. „Publiks“ Platz im Kommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland

Wer die neue „KWZ“ zum Bestandteil bzw. zum Träger kommunikativer Handlungen im vorgegebenen Kommunikationssystem der Medienpublizistik machen wollte, mußte an den Platz des zu gründenden Organs im Markt denken. Die Kommunikationsverfassung der Bundesrepublik Deutschland ist teils öffentlich-rechtlich (Hörfunk und Fernsehen), teils privatwirtschaftlich orientiert (Presse und Film). Presseorganen, sollen sie Erfolgchancen haben, bleibt gar nichts anderes übrig, als privatwirtschaftlich in den Markt zu gehen, und auch bei „Publik“ war nie an etwas anderes gedacht.

Hier muß bereits kurz auf das Dilemma der vielfältigen späteren Empörungen über „Publik“ und „Publik“-Ende eingegangen werden: Die privatwirtschaftlich und die öffentlich-rechtlich verfaßten „Hälften“ des Mediensystems bieten wesentlich verschiedene Chancen für die Verwirklichung von *Pluralität*. Während z. B. die öffentlich-rechtlich verfaßten Rundfunkanstalten nach der leitenden Idee arbeiten, daß innerhalb *einer* Kommunikator-Organisation Pluralität zu verwirklichen und daß ihre Verwirklichung zu kontrollieren sei, soll sich in liberaler Tradition auf dem privatwirtschaftlichen Markt die Pluralität in der frei konkurrierenden Vielheit der Organe verwirklichen, deren jedes dann, will es wettbewerbsstark werden, bestimmte deutlich profilierte Stärken entfalten muß. Genau das aber sollte „Publik“ nach Möglichkeit nicht. Die Wochenzeitung sollte vielmehr in sich der möglichen Pluralität innerhalb einer Konfessionsgemeinschaft Raum geben und im Austausch mit der Gesellschaft (als konfessionsneutraler Gesellschaft) die Pluralitätsanerkennung und -bereitschaft (Schlagwort „Dialog“) der Konfessionsgemeinschaft „römisch-katholische Kirche“ demonstrieren. Das war viel verlangt angesichts der Widerstände, gegen die es sich durchzusetzen galt.

Die KWZ war nämlich von Anfang an von einem doppelten, richtiger: von einem zweidimensionalen Ring von Barrieren umgeben:

a) Als Wochenzeitung schlechthin mußte sie sich im allgemeinen zwischen alle anderen auf dem Markt vertretenen Presseerzeugnisse und im besonderen zwischen die vorhandenen Wochenzeitungen drängen.

b) Als neues Organ konfessionell orientierter Medienpublizistik mußte sie sich ins institutionalisierte Kommunikationsgefüge einer konfessionellen Gruppe eindringen, dessen eigenartige Beschaffenheit in jüngster Zeit von Elmar Maria Lorey und Joachim Westerbarkey beschrieben worden ist.⁵

Das Zweite war schwieriger als das Erste. Die konkurrierende Wochenpresse hielt sich nämlich umso vornehmer zurück, je stärker und ideologisch ferner sie war, und dies, obwohl die protestantisch orientierten Blätter „Deutsches Sonntagsblatt“ und „Christ und Welt“ (heute „Deutsche Zeitung“) ernsthafte Einbußen zu befürchten hatten. Zwei katholische Konkurrenten, „Das Wort“ (Hildesheim) und das durch gezielte Indiskretionen gerade erst interessant gewordene „Echo der Zeit“ (Recklinghausen) wurden durch Absprachen nicht ohne finanzielle Abgeltungen aus dem Markt gezogen; der stark katholisch tendierende, aber strenggenommen unabhängige „Rheinische Merkur“ mit einer konstanten Auflage wehrte sich nach Kräften.

Anders sah es im „zweiten Ring“ aus. Der KWZ-Plan mußte, ehe die Zeitung selbst sich auf dem konfessionellen und überkonfessionellen Sektor des Markts durchsetzen durfte, vielerlei Widerstände überwinden.

- Zunächst in der Bischofskonferenz selbst, wo die von Suttner Enthusiasmierten sich durchsetzen mußten, — in einem Klima, das vermutlich immer noch von den Nachwirkungen einer 150jährigen Publizistikfeindschaft mitbestimmt wurde.
- Zum zweiten in jenem Kreis, den man die etablierte kirchliche Öffentlichkeit nennen könnte. Jener heute nicht mehr transparente Dschungel von Verbänden, Kommissionen, Beiräten, Kreisen, Arbeitsgemeinschaften und schließlich auch, kölnisch gesprochen, Klüngeln ist zwar teils progressiv, mehrheitlich aber mißtrauisch gegen jede Veränderung.

— Zum dritten mußte der KWZ-Plan ein Minimum an Vertrauenskapital oder doch jedenfalls Nicht-Mißtrauen erwerben bei der konkurrenzfürchtenden kirchlichen Presse im engeren Sinne.

Der Ring des Widerstandes aus der, so sollte man annehmen, natürlichen konfessionellen Bundesgenossenschaft war ziemlich fest geschlossen. Lücken gab es nur bei den „Abweichlern“, und gerade deren Zustimmung trug dem KWZ-Plan konfessionsintern den Ruf ein, etwas „Linkes“ zu sein, während man extern eher etwas „Rechtes“ befürchtete, je glaubwürdiger das Gerücht wurde, daß Bischöfe Geld in eine Zeitung zu investieren vorhatten.

Ich stelle die historisch und functionaliter noch ungeprüfte Hypothese auf, daß aus dieser Zwickmühle der Rundum-Verdächtigungen die unselige Forum-Ideologie entstanden sei, die die ursprünglich plausiblen, notgedrungen marktorientierten Vorstellungen des Initiators Suttner nach und nach verwässerte. Allerdings bewirkte die Abwehrhaltung ringsum auch die verhältnismäßig große Planungssorgfalt, die man dem Projekt KWZ angedeihen ließ.

3. Die Vorarbeiten⁶

Neben und im Auftrage der „Sonderkommission Katholische Wochenzeitung“, die auf Beschluß der Bischofskonferenz vom Herbst 1965 gegründet worden war, sind vornehmlich zwei dem Gründungsbeschluß vorangehende Arbeiten zu erwähnen, die echte Entscheidungsvorbereitungen waren:

1. das Gutachten des international bekannten Pressewirtschaftsexperten Ulrich Nußberger vom 19. 12. 1966, 23. 1. und 5. 2. 1967;
2. die „Marktlücken-Untersuchung“ (Gutachten „Katholische Wochenzeitung“) des Instituts für Demoskopie Allensbach vom 14. 2. 1968, die in Teilergebnissen erstmals (mündlich) im Februar 1967 in den Gang der Argumentationen eingebracht wurde. Sie beruht auf Befragungen repräsentativer Querschnitte der sogenannten „Laienintelligenz“ und der Geistlichkeit.

Ad 1: Daß die Prognosen des Nußberger-Gutachtens sich nicht erfüllten und daß spätere in der Krise herangezogene Gutachter (Hubert Welte, Erwin Pougin) zu teilweise anderen Ergebnissen kamen, lag in erster Linie, cum grano salis gesprochen, daran, daß die „Publik“-Macher in der Praxis nicht immer so verfahren, wie es KWZ-Gutachter Nußberger zur Grundlage seiner prognostischen Berechnungen gemacht hatte.

Ad 2: Die Allensbacher Marktlücken-Untersuchung enthielt einige Beobachtungen, die wohl von den Planern zur Kenntnis genommen, von den späteren Blattmachern aber nicht beherzigt wurden. Erst der nachträgliche Berichterstatter Karl Forster hat sie gewürdigt.⁷ Ich fasse kurz zusammen:

73 % der katholischen „Laienintelligenz“ begrüßten die KWZ-Pläne, wenn die geplante Zeitung ausdrücklich als offenes Diskussionsforum bezeichnet wurde. 66 % begrüßten sie aber auch ohne diesen Zusatz. Auch 90 % der Geistlichkeit waren für die Gründung.

Aber: Anteilig häufiger zustimmend als der Durchschnitt der Zustimmenden, jene 66 % nämlich, verhielt sich unter ihnen die Gruppe der regelmäßigen Kirchgänger; von ihnen stimmten 77 % zu.

Innerhalb jenes Durchschnitts von 11 % der befragten Laienintelligenz, die bereits 1967 ihre Abonnementsabsicht erklärten, waren die Mitglieder kirchlicher Vereine und Organisationen besonders entschlossen: von ihnen wollen 20 % bestimmt abonnieren, weitere 10 % (Φ 7 %) haben ernsthafte Kaufabsichten. „Je enger die Bindung an die Kirche, desto größer das Interesse für Abonnement und Kauf der Zeitung“, zitiert Forster aus dem Allensbacher Gutachten.

Und noch einen Aspekt hebt der Bericht Forsters hervor: „Die Katholiken, die Kirchentreu und Interesse an kirchlichen Fragen mit einem Sinn für Politik vereinen (wobei Kirchentreu und Interesse an kirchlichen Fragen besonders stark mit der Anhängerschaft zur CDU/CSU korreliert), treten am stärksten für die Gründung einer katholischen Wochenzeitung ein und sind eher bereit, die Zeitung zu abonnieren . . .“ (Ernsthaftes Abonnements-Interesse bei 17 %).

Was die Altersschichtung angeht, so notierten die Allensbacher bei der Gruppe der 40- bis 60jährigen ein „ausgeprägtes Interesse für das Abonnement“.

Fazit aus diesen Teilergebnissen: Auf einen stabilen Markt spekulierend, hätte „Publik“ seine Inhalte traditionskirchenfreundlich und eher CDU-nahe, zudem zugeschnitten auf das „gesetzte Alter“, wählen müssen. Auch dann noch wäre der Einstieg in den Markt schwer genug gewesen, denn von den ermittelten potentiellen Abonnierwilligen hatten nicht weniger als 42 % bereits mindestens je ein Abonnement in den drei Kategorien Tageszeitung, Wochenzeitung, Zeitschrift. Wie dazwischenkommen?

„Publik“ wählte, wie man weiß, nicht den Weg der Kirchen-, Establishment- und CDU-Nähe. Die Zeitung wählte aber auch, inhaltsanalytisch nachgewiesen⁸, nicht den Weg, den manche ihr andichten wollten, nämlich den der permanenten Kirchenkritik, gekoppelt mit Nähe zum liberalen Sozialismus. Hier hatte die Kompromiß-Formel „Forum“ offensichtlich Wirkungen gezeigt.

4. Die Forum-These

Die Forum-These, wie sie zunächst beschwichtigend, ermunternd, schließlich kritisch, dann tadelnd und am Ende aburteilend auf das Handeln von „Publik“ angewendet wurde, besagt, — es sei in aller Kürze zusammengefaßt —, daß das, was alle öffentlichen Medien einer Gesellschaft im Zusammen- oder Gegenspiel leisten sollten, nämlich — ich verstehe dies im Unterschied zu anderen metaphorisch — Forum dieser Gesellschaft zu sein, auch von einem einzelnen Presseorgan geleistet werden könne.

Haupt-Verfechter dieser These ist Hans Wagner aus München.⁹ (Die Nachbarschaft zu neueren kommunikationspolitischen Gedankengängen, wonach man Zeitungsbetrieben öffentlich-rechtliche Verfassungen und damit den Proporz verschreiben solle, ist gar nicht zu übersehen.) An die gedachte KWZ war jenes Ansinnen, in wöchentlich höchstens 32 Seiten zu leisten, was große Rundfunkanstalten trotz sorgfältig bedachter pluralistischer Verfassungen und trotz Personalproporz nur selten zu leisten vermögen, anfangs gar nicht oder nur beiläufig gestellt worden. Noch in der Vorlage für die entscheidende Bischofskonferenz im Februar 1967 in Honnef wurden zuerst journalistische Ziele genannt: informieren, kommentieren, dokumentieren, — erst an vierter Stelle, eingeleitet mit „schließlich“, heißt es: „Forum der innerkatholischen Diskussion sein“.¹⁰

In der Praxis von „Publik“ zeigte sich, daß die Zeitung eben nicht allen alles sein konnte. Ebenso wie sie manche Autoren bevorzugte und andere abwies, soll es eine

ganze Reihe von Autoren gegeben haben, die ihr die Mitarbeit verweigerten. Sie schrieben eben woanders, und daran erkennt man sowohl den Widersinn der Totalisierung des Forum-Gedankens als auch die Chance, die im konkurrierenden privatwirtschaftlichen Pressewesen liegt: idealtypisch gesehen, ergibt erst das Zusammenklingen vieler je einzelner Stimmen das Forum.

Diese Chance war zugleich „Publiks“ schwache Stelle. Angekränkt von der Forumforderung, geschreckt durch den Vorwurf, trotz der Forderung zu progressiv, kurz zu „links“ zu sein, geriet man ins Lavieren und konnte, von verlegerischen Mängeln abgesehen, genau das nicht tun, was man, zielgruppenorientiert, am Markt hätte tun müssen: bestimmte Themen immer und in einer bestimmten Linie bringen und andere auslassen. Weil sich keine dezidierte Grundrichtung erkennen ließ, wurden Ansätze dazu einzelnen Redakteuren als Vorlieben oder Schwächen ausgelegt. Welches Publikum hätte sich binden mögen? 1971 wurden fast 57.000 Abonnenten gewonnen, fast 54.000 aber kehrten in der gleichen Zeit dem Blatt den Rücken.¹¹

5. Die nachträglich gestellte Frage nach Ziel und Zielerfüllung

Als im November 1971 beschlossen wurde, keine weiteren Subventionen für „Publik“ zu bewilligen — was das Ende bedeutete —, kam sofort von verschiedenen Seiten der Vorwurf, man habe den wirtschaftlich katastrophalen Zustand nur zum Vorwand genommen, in Wirklichkeit liege die Einstellung im politischen Unbehagen der Mehrheit der geldgebenden Bischöfe begründet. Das gleiche Symptom spricht für und gegen diese Vermutung: *dagegen*, weil der wirtschaftliche Zustand bereits 1969 so schlecht war, daß spätestens 1971 eingegriffen werden mußte, wenn nicht Kirchensteuerzahlern unzumutbarer Schaden eintreten sollte. *Dafür*, weil die Zeitung seit dem wirtschaftlichen Tiefpunkt von 1969 ohnehin eher subventioniert als mit Startmitteln ausgestattet wurde. Man hätte sie also weiter subventionieren können, hätten nicht politische Gründe dagegen gesprochen.

Um gegenüber diesen Vorwürfen Klarheit zu gewinnen, stellte das Leitungsorgan des (geldgebenden) Verbandes der deutschen Diözesen an Hans Wagner und mich die Gutachtensfrage, „ob ‚Publik‘ die Zielvorstellungen der deutschen Bischöfe erreicht hat und ob ‚Publik‘, wie von den Bischöfen gewollt, ein Forum war oder sich zu einem Richtungsblatt entwickelt hat“.¹²

Während Wagner von vornherein seine Forum-Idee als *die* Zielvorstellung identifizierte und sein Gutachten auf die Frage reduzierte: „War ‚Publik‘ ... ein Forum oder hat es sich zu einem Richtungsblatt entwickelt?“, fragte die aus Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern bestehende Arbeitsgruppe in Münster zunächst einmal: Was waren eigentlich die Zielvorstellungen der Bischöfe? Das Ergebnis war erstaunlich: 17 Zielvorstellungskomplexe wurden ermittelt. Zwei davon standen nach Häufigkeit der Nennungen eindeutig im Vordergrund:

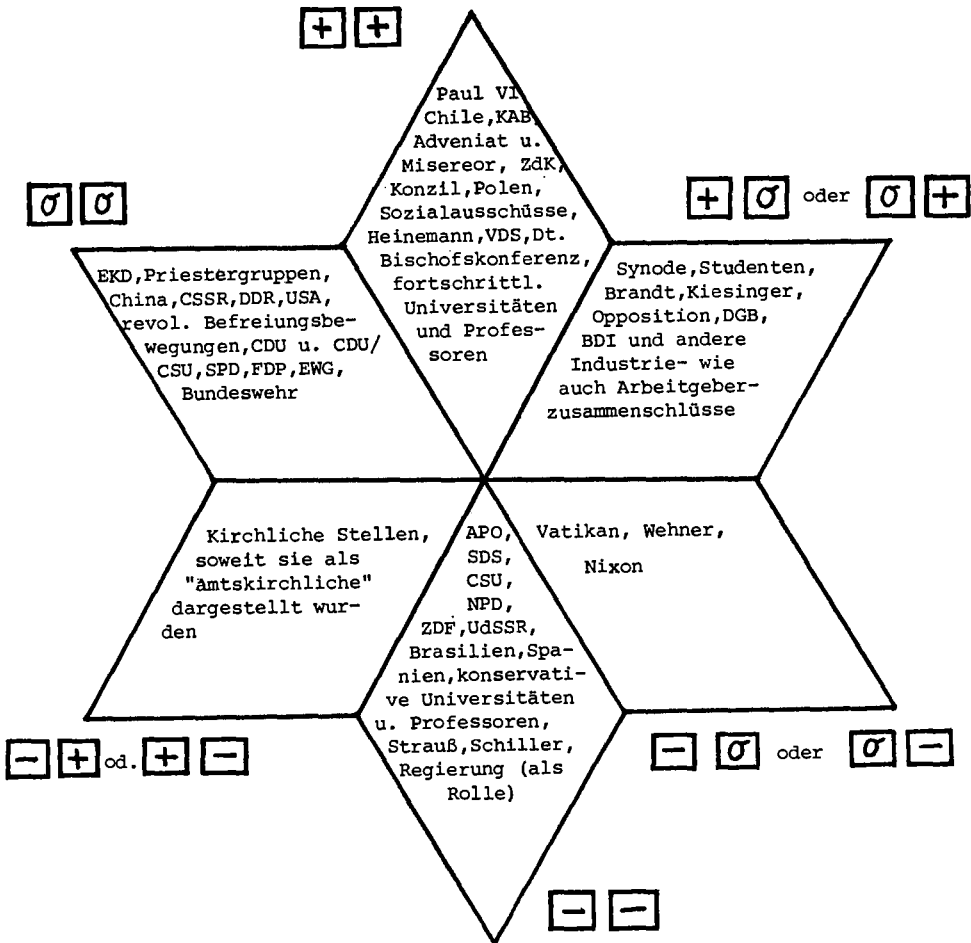
- a) das Ziel (und damit zugleich die den Redakteuren in die Verträge geschriebene Aufgabe), „Publik“ zu einer anspruchsvollen Wochenzeitung mit hohem journalistischen Niveau und eigener profilierter Meinung zu entwickeln; und
- b) die Aufgabenstellung, „Publik“ solle Forum sein, und die Eingrenzung, „Publik“ dürfe nicht Gruppeninteressen dienen.

Man sieht, daß sich „a“ und „b“, profilierte Eigenständigkeit der Redaktion und Forum (sofern es „total“, im Sinne Wagners, verstanden wird), nicht auf einen Nen-

+ +

σ σ

+ σ oder σ +



Das Schaubild bietet die kürzestmögliche Zusammenfassung der Ergebnisse der Inhaltsanalyse, die im Rahmen des (münsterschen) „Publik“-Gutachtens durchgeführt wurde. Die Analyse war an Themen orientiert, von denen jene 47, die in der untersuchten Stichprobe mindestens 10mal vorkamen, in die mit Wertungszeichen versehenen Felder des Sterns eingeordnet sind. Von den in Kästchen gesetzten Wertungszeichen plus, minus und Null (= neutral) bezieht sich jeweils eines auf die Basis der Zählung der Häufigkeit, in der ein Thema auftrat, das andere auf die Basis der Größe der bedruckten Fläche, welche die Redaktion insgesamt für dieses Thema zur Verfügung stellte. Das Feld (+) (+) z. B. enthält jene Themen, die sowohl in der Mehrzahl der Fälle ihres Auftretens als auch im größeren Teil der ihnen eingeräumten redaktionellen Fläche von der „Publik“-Redaktion überwiegend positiv beurteilt wurden.

ner bringen lassen. Als es die Redaktion dennoch versuchte, führte dies dazu, daß immer mehr kritisch eingestellte Gruppen Gelegenheit bekamen, Anstoß zu nehmen. Da die Mehrheit des potentiellen Publikums eher konservativ, kirchen- und CDU-freundlich eingestellt war, verdichteten sich die kritischen Äußerungen zum Pauschalvorwurf, die Zeitung sei „linkskatholisch“ und „progressiv“, sie favorisiere zudem die sozialistische Politik. Die zur Grundlegung des münsterschen Gutachtens durchgeführte Inhaltsanalyse erbrachte jedoch ein anderes Bild: „Publik“ hatte zwar einige Vorlieben, z. B. das Thema Polen, und einige profilierte Abneigungen, z. B. Franz Josef Strauß und die CSU; aber im großen ganzen war es um Neutralität und sogar Kirchen- und Staatsaffirmation bemüht: Alle großen Parteien (mit Ausnahme der CSU und mit einer gewissen Bevorzugung der FDP) wurden vorwiegend gleichmäßig neutral behandelt. Der Papst, aber auch SPD-Bundespräsident Heinemann fanden mehrheitlich ein positives Urteil, ebenso höchste Institutionen der Kirche: die Bischofskonferenz, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, das Konzil. Einhellig negativ wurden beurteilt die Buhmänner der Nation: neben F. J. Strauß die APO und die NPD, der SDS und Spanien, die Regierung (als Rolle) und konservative Professoren. (Eine Kurzzusammenfassung der redaktionelle Wertungen berücksichtigenden Inhaltsanalyse des münsterschen Gutachtens zeigt der „Publik“-Stern auf S. 333.)

Dieser von kaum jemand geglaubte, weil stereotypenwidersprechende Konformismus der Gunstverteilung ließ uns im eigentlichen Gutachten die nur scheinbar paradoxe These formulieren, „Publik“ habe die Forumsfunktion in so hohem Maße zu erfüllen sich bemüht, daß davon die Erfüllung der Zielvorstellungen „anspruchsvolle Wochenzeitung“ (mit Führungsaufgabe) und „eigene, profilierte Redaktionsmeinung“ beeinträchtigt wurden. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Zeitung publizistisch an dem hinter der Forums-Idee steckenden pluralistischen Konzept gescheitert ist.

6. Die unlösbare Aufgabe zwischen pluralistischem Auftrag und dem Zwang der Marktgerechtigkeit

Was ich bisher nicht erwähnt habe: In das wirtschaftlich verantwortliche und auch publizistisch-letzverantwortliche Leitungsgremium des Gesamtunternehmens „Publik“ war der Pluralismus geradezu hineinkonstruiert. Unter den 14 Treuhändern waren nur zwei Bischöfe, neben ihnen Verleger, fortschrittliche, gemäßigte und konservative Kulturpolitiker, ein SPD- und ein CDU-Bundesminister, und dabei ein leichter CDU-Politiker-Überhang.

Jedoch erwies sich dieses Treuhändergremium schnell als wenig funktionstüchtig. Von ihm konnte keine Hilfe kommen, und als 1970 ein kleiner Aufsichtsrat gebildet wurde und Ende 1970 ein neuer Geschäftsführer sein Amt antrat, der Marktgerechtigkeit durchsetzen sollte, war es zu spät.

Meine Schlußthese: die pluralistische Kommunikationsverfassung, wie sie bei uns zu Lande Wirklichkeit ist, hat im Falle „Publik“ jenen, die sie zu unterlaufen versuchten und also mißachteten, eine Lehre erteilt und damit zugleich ihre eigene Schwäche offenbart.

Sie *lehrt*, daß, wer im privatwirtschaftlichen Bereich sich etablieren will, den Markt respektieren muß, — auch dann, wenn er gesellschaftliche Bedürfnisse anders als marktorientiert erkannt hat und zu befriedigen für nötig hält.

Sie hat ihre *Schwäche offenbart*, indem sie (übrigens nicht zum ersten Mal) deutlich werden ließ, daß Teile der Gesellschaft, organisiert oder nicht (von einzelnen ganz zu schweigen), selbst wenn sie Geld haben, nicht auf die Dauer zum „Zeitgespräch der Gesellschaft“ zugelassen werden, sofern sie sich den Spielregeln widersetzen, den Spielregeln einerseits des Marktes, andererseits der politischen Machtgewinnung.

Es ist müßig, nach Schuldigen zu suchen, denn auch das Publikum hat sich die Spielregeln so zu eigen gemacht, daß es Verstöße, geahnte und empfundene, mißbilligt.

Anmerkungen:

1. W. Kampe: Die Stellung der Publizistik im deutschen Katholizismus, in: Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Hrsg.): Arbeitstagung Münster, 18.—21. März 1964, Paderborn 1964, S. 256—266, hier S. 261.
2. Vgl. dazu die Serie „Materialien zur Entstehungsgeschichte von „Publik““ in dieser Zeitschrift, insbesondere ab Teil B („Abriß der Planungs- und Vorbereitungsarbeiten“, mit Teilveröffentlichung von Dokumenten), der mit Heft 2 des 3. Jahrgangs 1970 begonnen wurde.
3. Vgl. dazu aus der erwähnten Serie den Teil C, der ab Heft 3/1972 eine Bibliographie der Pressestimmen zur Einstellung von „Publik“ bringt.
4. Daten und Zahlen nach der Dokumentation von Karl Forster (zu Gründungs- und Lebzeiten von „Publik“ Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, mit Zugang zu sämtlichen Akten): Gründung, Entwicklung und Ende der katholischen Wochenzeitung „Publik“, München 1972 (vervielf. Manuskript).
5. E. M. Lorey: Mechanismen religiöser Information, München/Mainz 1970. J. Westerbark: Zur Kommunikationssoziologie des Katholizismus, in: „Communicatio Socialis“ 4 (1971), S. 209—225. Derselbe: Die Organisation der publizistischen „Grenzstelle“ im Klerus, in: „Publizistik“, Konstanz 16 (1971), S. 379—389.
6. Vgl. die in Anm. 4 erwähnte Dokumentation von K. Forster.
7. K. Forster a.a.O., Teil II, S. 3 ff., — auch als Quelle für das Folgende.
8. Im weiter unten (vgl. Anm. 12) noch heranzuziehenden münsterschen „Publik“-Gutachten.
9. Vgl. dazu neuerdings: H. Wagner: Kirchenpresse als Dialogforum, Referat vor der Redakteurskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse in Leutesdorf am 6. Juni 1972 (vervielf. Manuskript).
10. Dokument „Betr.: Gründung einer kath. Wochenzeitung. Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse und Entscheidungsvorschlag“ vom 1. Februar 1967.
11. Vgl. K. Forster, a.a.O., Teil II, S. 60.
12. Aufgrund dieses Auftrages entstanden die Gutachten a) M. Schmolke und Mitarbeiter: Gutachten zur publizistischen Leistung von „Publik“ und Untersuchung für die Grundlegung des Gutachtens, Münster 1972, sowie b) H. Wagner: Forumsauftrag und Forumswirklichkeit, München 1972. — Ein Bericht über die Ergebnisse (unter Einschluß der Forster-Dokumentation) wird für das nächste Heft dieser Zeitschrift vorbereitet.

SUMMARY

The Catholic Weekly „Publik“ (Frankfurt) began in September 1968 and ceased publication in November 1971. The capital, initially DM 15 Million, was subsequently increased to DM 28 Million, but was insufficient to make the publication self-supporting. The cessation of „Publik“ aroused a great deal of protest. Fears were expressed that the German Bishops, who had given the money, stopped publication for political reasons. Such

an opinion inferred that the paper had been too progressive and too much inclined to the left. Others wanted to justify the closure of this publication as being too narrow a forum for a full range of opinion among the different groups of German Catholics to be heard. Dr. Schmolke's theory is that „Publik“ tried to please everybody, but on this account did not sufficiently recognize the economic conditions of the market. The publication failed to obtain a stable readership from subscribers because it did not concentrate on one clear line. This influenced the economic conditions. However, this purely economic aspect is not dealt with by the author.

RESUMEN

El semanario católico „Publik“ (Francfort/Meno), fundado en septiembre de 1968, fue suprimido en noviembre de 1971. El capital base inicial de 15 millones de marcos, ampliado más tarde hasta 28 millones, no fue suficiente para conseguir que el periódico llegase a ser económicamente independiente. El final de „Publik“ desencadenó una larga serie de protestas: Se temía que los obispos alemanes (en su calidad de editores) hubieran permitido la muerte del periódico primordialmente por razones de tipo político. Era demasiado „de izquierdas“ y demasiado progresista. Otros sectores estaban interesados en su desaparición porque „Publik“ no era un „foro“ y no permitía tomar la palabra a todas las tendencias del catolicismo alemán. El autor de este trabajo defiende la tesis siguiente: „Publik“ quiso ofrecer algo a todos y dedicó poca atención a las leyes que rigen la comercialización de la prensa. No pudo jamás ganar un sector estable de lectores, pues, atento a la ideología de „foro“, no pudo concentrarse en una línea unitaria. Ello tuvo también repercusiones en la dirección económica del rotativo. En este estudio no se analiza sin embargo al aspecto puramente económico del problema.